

Unabhängigkeit Nagalands proklamiert.

Flüchtlingswelle in Mizoram/Tripura

Etwa 15.000 Reangs, Angehörige der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe aus dem Bundesstaat Mizoram, sind über die Grenze nach Tripura geflohen. Sie sollen Verfolgungen durch Mizo-Jugendliche ausgesetzt gewesen sein. Hintergrund ist der militante Kampf von Reang-Gruppen für Autonomie-Rechte in Mizoram.

Tripura nimmt seit Jahren Einwanderer aus Bangladesh auf, was zu schweren politischen Spannungen geführt hat; gegenwärtig halten sich u.a. 50.000 Chakma-Flüchtlinge aus den zu Bangladesh gehörenden Chittagong Hill Tracts in Tripura auf.

Neuer 'Chief Minister' in Gujarat

Die vom 'Congress' unterstützte Minderheitsregierung der 'Rashtriya Janata Party' (RJP) in Gujarat ist unter dem neuen Ministerpräsidenten Dilip Parikh im Amt bestätigt worden. Parikh löst Shankarsingh Vaghela ab, wie der 'Congress' gefordert hatte. Manöver der oppositionellen BJP mit dem Ziel, 'Congress' und RJP zu spalten, hatten keinen Erfolg. Die RJP besteht zum großen Teil aus ehemaligen BJP-Abgeordneten, die sich von der Partei abgespalten haben.

Rao vor Gericht

Mit P.V. Narasimha Rao steht seit dem 4. November erstmals in Delhi ein ehemaliger Premierminister wegen Korruption vor Gericht. Die Anklage wirft Raos 'Congress'-Regierung vor, vier Abgeordnete der 'Jharkand Mukti Morcha' (JMM, Jharkand-Befreiungsfront) vor ei-

ner Vertrauensabstimmung im Unterhaus im Juli 1993 bestochen zu haben, um sich eine Parlamentsmehrheit zu sichern. Einer der beteiligten JMM-Vertreter sagte am ersten Verhandlungstag als Kronzeuge gegen Rao aus. Dem Prozeß wird angesichts der in Indien weit verbreiteten Politikerverdrossenheit besondere Bedeutung zugemessen.

Nun auch Flüge zu den Lakkadiven

Die Inselgruppe der Lakkadiven westlich von Indien wird von 'Indian Airlines' seit neuestem an fünf Tagen pro Woche angefliegen. Die eingesetzte Dornier startet täglich außer Dienstag und Samstag vom südindischen Cochin zu dem einzigen Flughafen der Lakkadiven auf Agatti. Bangaram, die einzige für Ausländer zugängliche Insel der Lakkadiven, ist vor allem für Taucher aufgrund der dortigen Korallenriffe beliebt. Indien erwägt, eine weitere unbewohnte Insel der Lakkadiven für den Tourismus zu erschließen. Die einfachen Bungalows auf Bangaram bieten derzeit nur Platz für 60 Gäste.

Priester gedemütigt

Wie erst im November bekannt wurde, kam es Anfang September zu tätlichen Angriffen gegen den katholischen Priester Christudas, der von einer aufgebracht Studentenmenge nackt durch die Straßen von Dumka im Bundesstaat Bihar getrieben wurde. Ihm wird als Lehrer einer Schule vorgeworfen, sich sexuell an einem 15-jährigen Schüler vergangen zu haben. Sicherheitskräfte, die den Vorfall beobachteten und den Priester zunächst in Sicherheit brachten, ließen es zu, daß er nach einer kurzen Unterbrechung erneut den Gewalttätigkeiten ausgesetzt wurde.

Der Priester befindet sich seit diesem Vorfall in Untersuchungshaft.

Indien-Visum billiger

Indien hat die als überhöht kritisierte Gebühr für das Touristenvisum von 70 auf 55 Mark gesenkt. Das ab dem Tag der Ausstellung sechs Monate gültige Visum berechtigt zu mehrmaligen Einreisen. Ausgestellt wird das Papier von der Indischen Botschaft in Bonn, den Konsulaten in Frankfurt, Hamburg und Berlin sowie dem Visa-Büro in München.

Adivasi-gerechte Entwicklung: Eine Herausforderung

Warum ein "Code of Conduct" das Überleben sichert? Tagung in der Ev. Akademie Bad Boll vom 9. bis 11. Februar 1998.

Indigene Völker, so auch die Adivasi in Indien, leben unter prekären politischen und sozialen Herrschaftsverhältnissen, meist ohne Teilnahme und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn überhaupt, sind es bislang Nichtregierungsorganisationen, die Leitbilder und Richtlinien im Sinne eines Verhaltenskodex ('Code of Conduct') anmahnen, um die Respektierung der kulturellen Vielfalt der Adivasi sowie umgekehrt die Anpassung der Entwicklung an deren Bedürfnissen und Interessen zu erreichen. Die Tagung in Bad Boll unternimmt den Versuch, die Diskussion über einen "Code of Conduct" zur Sicherung existentieller Menschenrechte in die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft hineinzutragen. Ein erster Versuch wird auf seine Realisierbarkeit hin überprüft.

Das Programm ist über das Bundesbüro der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Theodor Rathgeber, erhältlich. Postfach 2024, 37010 Göttingen.

Kommentar

Was nun, Indien?

Nun hat sie es also wieder geschafft, die 'Congress'-Partei, eine amtierende Regierung durch Entzug ihrer Tolerierung zu Fall zu bringen. Am 11. April hatte Deve Gowda bereits als Premier abtreten müssen und nun Inder Kumar Gujral samt seiner 14-Parteien-Regierungskoalition der 'Vereinigten Front'.

Dem 'Congress' um den 80-jährigen greisen Parteipräsidenten Sitaram Kesri ist offenkundig eine ausgeprägte 'libido dominandi' eigen - ein unbedingter Wille zu herrschen. Man hatte ja auch - von kurzen Intermezzi abgesehen - jahrzehntelang den politischen Prozeß des Landes dominieren und die Macht monopoli-

sieren können, ehe man sie dann im Frühjahr des vergangenen Jahres an das 'Front'-Bündnis verlor. Das hat man nie verwunden und seitdem lauerten die Epigonen der Nehrus und Gandhis auf jede sich bietende Chance, die amtierende Regierungskoalition zu destabilisieren und ihr am Ende die Arbeitsgrundlage zu entziehen.

Da kam der Bericht der Ein-Mann-Kommission des Richters Milap Chand Jain, der sogenannte 'Jain-Report', über die Hintergründe des Attentats auf Rajiv Gandhi 1991 sowie die Fahrlässigkeiten und Sicherheitsdefizite der damaligen Zentral- bzw. der Landes-

regierung, gerade recht. Nach sechs Jahren angeblich emsiger Recherche zauberte Richter Jain seine Untersuchung - gleichsam wie aus Pandoras Büchse - aus dem Hut. Darin liest man von der Involvierung der tamilischen Regionalpartei 'Dravida Munnetra Kazhagam' (DMK) - mit drei Ministern an der 'Front'-Regierung beteiligt - in die Unterstützung der tamilischen Befreiungstiger von Sri Lanka, der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE; siehe dazu auch den Meldungsteil). Demnach habe der frühere und jetzige Ministerpräsident des südindischen Bundesstaates Tamil Nadu, Karunanidhi, der LTTE bereits 1990 erlaubt, indisches Staatsgebiet für Nachschub, Rekrutierung, Ausbildung und Logistik zu nutzen und unterstützte, zumindest passiv, LTTE-Mordaktionen an politischen Rivalen, die in Tamil Nadu im Exil lebten.

Aber ist das eine so neue, revolutionäre Erkenntnis? Hat man es in der informierten Öffentlichkeit wie im politischen Establishment - auch in 'Congress'-Kreisen - nicht schon seit Jahren gewußt oder wenigstens sicher vermutet? Und wie steht es mit dem Vorwurf des Jain-Reports, Zentral- und Landesregierung hätten grob ihre Bewachungs- und Sicherheitspflichten bezüglich des Schutzes des Wahlkampfes von Rajiv Gandhi vernachlässigt? Fakt ist: Der Wahlkämpfer Rajiv Gandhi hat immer "das Bad in der Menge" gesucht und dabei selbst niemals Leibwächter um sich geduldet, damit sie seinen direkten Kontakt zum Volk nicht stören konnten. Und auch dies war bei allen, die es wissen wollten, seit langem bekannt.

Vor diesem Hintergrund kann die laute Empörung und der "Dolchstoß" der 'Congress'-Partei gegen die Gujral-Administration nur als heuchlerisches politisches Kalkül gewertet werden: Kesri und seine Gefolgsleute haben auf einen schwachen Moment gewartet, in dem sie in puncto Regierungssturz aktiv werden konnten, in der Absicht, die eigene demütigende Macht-Abstinenz durch künftig neuen Machterwerb abzulösen.

Für Indien kann das nur negative Effekte zeitigen. Denn die erzwungene Abdankung der 'Front-Regierung' erfolgt zu einem innen- wie außenpolitisch denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Es wird eine politische Führung ins Abseits gedrängt, die in den kurzen 18 Monaten ihrer Amtszeit ohne Zweifel gut funktioniert hat: Die zu 'Congress'-Regierungszeiten noch permanenten Spannungen zwischen Zentralmacht in Delhi und den nicht vom 'Congress' geführten Landesregierungen waren durch die Integration insbesondere der südindischen Regionalparteien moderiert und die politische Kompetenz der einzelnen Unionsstaaten gegenüber Delhi erweitert worden.

Mit der Rekrutierung Chidambarams zum Finanzminister garantierte man eine Kontinuität der Deregulierungs- und Wirtschaftsreformpolitik, was ausländische Investoren beruhigte und weiterhin anzog.

Durch die Machtpartizipation linker politischer Kräfte wie der sozialdemokratisch orientierten 'Janata Dal' (seit jüngstem Mitglied der 'Sozialistischen Internationale') oder der 'Communist Party of India' [CPI(M)] fanden zunehmend lang vernachlässigte sozialpolitische Inhalte Eingang in das politische Handeln, was angesichts eines Bevölkerungsanteils von 300 Millionen Menschen, die in Indien unterhalb der Armutsgrenze leben müssen, überfällig und zu begrüßen war.

I.K. Gujral hatte als Premierminister wie zuvor als Außenminister mit seiner engagiert betriebenen "Politik der guten Nachbarschaft" das Verhältnis zu

den südasiatischen Nachbarstaaten deutlich entspannt. Sogar mit dem Erzfeind Pakistan konnten neue und vielversprechende Dialog-Fäden geknüpft werden. Zur VR China und zu Staaten Südost- und Zentralasiens wurden Kontakte wiederbelebt bzw. aufgebaut, Streitpunkte und Konfliktmomente aus dem Weg geräumt, neue sicherheitspolitische und ökonomische Verträge abgeschlossen. Auch mit westlichen Staaten - allen voran Deutschland - intensivierte man die kulturellen, vor allem aber die wirtschaftlichen Beziehungen. Zudem fiel die 'Front'-Administration durch einen - gemessen an vielen Vorgänger-Regierungen - auffallend niedrigen Grad an Korruption auf.

Doch die Zeit war zu kurz für die Regierungs-Koalition, ihre vielversprechend begonnene Politik zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Nach dem Rücktritt Moraji Desais 1979 und V.P. Singhs 1990 ist das Gujral-Kabinet die dritte Nicht-'Congress'-Regierung, die vorzeitig - vor Ablauf der verfassungsmäßig vorgesehenen Legislaturperiode von fünf Jahren - scheitert bzw. zum Scheitern erpreßt wird.

Wie wird es nun weitergehen? Drei politische Blöcke stehen sich nun im neu eröffneten Wettstreit um die Macht in Indien gegenüber: Die 'Congress'-Partei, die bislang 140 Sitze in der Lok Sabha innehatte, die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) mit bisher 161 Sitzen und schließlich die 'United Front' mit 180 von insgesamt 545 Mandaten, die zu vergeben sind.

Die 'Congress'-Partei hat versucht, den bei der indischen Bevölkerung noch immer weihvollen Nimbus des Namen "Gandhi" in Gestalt von Sonia Gandhi - der ehemaligen Gattin Rajiv Gandhis - zu revitalisieren. Aber ihre Instrumentalisierung scheint nicht zu gelingen. Die gebürtige Italienerin hat, vorerst jedenfalls, abgelehnt. Schon melden sich Akteure vom äußersten rechten Rand des 'Congress' und schlagen alternativ vor, mit der hindu-nationalistischen BJP eine "Mehrheitsbeschaffungs-Ehe" zu schmieden.

Die BJP selbst neigt jedoch eher dazu, aus dem 'Front-Block' der verblichenen Regierung Komponenten herauszubrechen und auf ihre Seite zu locken: Regionalparteien aus dem "Hindi-Gürtel" zum Beispiel oder den konservativen Flügel der 'Janata Dal'.

Die 'Front' muß versuchen, so weit als möglich "vereinigt" zu bleiben und zudem weitere kleine Partner zu gewinnen. Sie wird sich indes sicher nicht noch einmal auf Gedeih und Verderb der gönnerhaft-hoheitlichen Duldung via parlamentarischer Tolerierung der 'Congress'-Partei aussetzen.

Welcher der drei Kontrahenten am Ende reüssieren wird, läßt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostizieren. Neuwahlen sind unvermeidbar. Die unguete Usance des "Horse Trading", des käuflichen Erwerbs von Abgeordneten bzw. Stimmen für die eigene Partei/Fraktion, wird wieder eine blühende Konjunktur erleben und der politischen Kultur der indischen Republik weiteren Schaden zufügen.

Die "seligen" Zeiten einer stabilen ('Congress'-)Regentschaft des riesigen Landes scheinen jedenfalls, angesichts der inzwischen ausgeprägten Diversifizierung seiner Parteienlandschaft, endgültig der Vergangenheit anzugehören. Die "größte Demokratie der Welt" wird sich in Zukunft in diesen radikal veränderten Koordinaten ihres politischen Systems bewähren und ihre Substanz beweisen müssen.

Bernd Basting